

SYSTEMRELEVANT 182

Was wäre ohne die Preisbremse passiert?

Sebastian Dullien diskutiert mit Marco Herach darüber, ob die Preisbremse der Bundesregierung tatsächlich positive Auswirkungen hatte und ob es richtig war, dafür Schulden aufzunehmen.

Marco Herack:

Heute ist Freitag, der 15. März 2024. Willkommen zur 182. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien. Ich GrüÙe dich.

Sebastian Dullien:

Hallo, Marco.

Marco Herack:

Du bist Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK bei der Hans-Böckler-Stiftung. Und wir haben vor der Aufnahme schon so viele Scherze gemacht, dass wir jetzt richtig gut gelaunt hier reingehen. Die bleiben aber alle unter uns, die Scherze. Und ihr kriegt nur vorweg wie immer den Hinweis, dass wir uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter, erreichen könnt. @boeckler_de ist da das Handel. Oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Sebastian findet ihr auf Twitter als @SDullien, also Sebastian Dullien.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen heute der Frage nachgehen, ob es richtig war, dass die Bundesregierung in 2022 und 2023 die Preisstabilität durch Subventionen versucht hat zu erzeugen und dabei eine expansive Fiskalpolitik betrieben hat. Das klingt nun etwas staksig, Sebastian, wenn ich das so sage. Aber dahinter steht doch die Frage, wer die Hoheit über die Preisstabilität hat. Und wenn ich mich da richtig erinnere, ist das ja eine Aufgabe, die vor allem der EZB zugeschrieben wird, oder?

Sebastian Dullien:

Ja, das ist normalerweise so, dass man sagt, die Zentralbank ist zuständig für die Preisstabilität. Aber vielleicht ist das auch etwas, was sich jetzt im Denken ein wenig verändert hat. Denn natürlich haben auch nationale Regierungen eine Möglichkeit, Preise zu beeinflussen. Also wir haben das gesehen bei der Gas- und Strompreisbremse, das hat ja die Bundesregierung sich ausgedacht, und damit hat sie ja ganz konkret die Preise, die Verbraucherinnen und Verbraucher, die wir alle zahlen mussten, beeinflusst. Und damit natürlich auch die gemessene Inflationsrate. Das hätte übrigens die EZB ja gar nicht tun können, weil die kann keine Preisbremse einführen, sondern die kann nur Zinsen rauf oder Zinsen runter machen. Und das dauert ja viel, viel länger bis das eine Wirkung zeigt.

Also von daher, das ist schon interessant, weil wir kommen ja an mehrere Punkte. Wir kommen einmal an den Punkt, ist eigentlich diese Aufgabenverteilung ‚Preise sind nur Verantwortung der Zentralbank und die Regierung soll sich vielleicht ein bisschen um Wirtschaftswachstum oder so kümmern‘. Ist das einerseits richtig und

zweitens haben vielleicht die einfachen Modelle, die gesagt haben: Wann soll die Regierung eigentlich bremsen und beschleunigen? Wann soll die Zentralbank bremsen und beschleunigen? Gibt es da vielleicht Sachen, die man früher übersehen hat oder die bei einer falschen Anwendung der Modelle übersieht?

Marco Herack:

Ja, ich habe mich halt gefragt, weil wir haben damals sehr stark diskutiert, auch mehrfach hier im Podcast: Wenn wir jetzt die Preissteigerung dieser Jahre betrachten, das sind ja alles Preissteigerungen, die energiegetrieben waren. Also zum großen Teil durch Energiepreisanstiege getrieben waren. Und wir hatten ja damals schon das Fazit: Naja, also die EZB mit ihren Zinserhöhungen, die kann ja im Grunde nicht wirklich gegen Preissteigerungen bei Energie etwas tun. Also wenn ein Ölpreis steigt, wenn Gaspreis steigt, sondern sie kann ja nur die dahinterstehende Wirtschaft killen. Also die, die ohnehin schon durch die höheren Preise belastet ist, wird dann noch durch höhere Zinsen belastet, was potenziell unnötig Arbeitsplätze zerstört. Das war ja damals unser Fazit.

Sebastian Dullien:

Ja, das haben wir hier so diskutiert und wir am IMK haben ja auch so argumentiert. Aber man muss dazu sagen, das war damals nicht unbedingt von Anfang an die Mainstream-Interpretation. Also es gab damals viele, die gesagt haben, die Inflation ist hoch und das ist eine Situation, wo eben der Staat nicht mehr Geld / Kredit aufnehmen darf, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, sondern wo der Staat eben aufpassen muss und auf die Bremse treten muss.

Marco Herack:

Und warum?

Sebastian Dullien:

Also normalerweise: Die makroökonomischen Modelle sehen so aus. Da kommt Inflation daher, dass die Wirtschaft zu schnell wächst, also schneller, als sie nachproduzieren kann. Und dann steigen die Gewinne und steigen die Preise für die Sachen, wo es Engpässe gibt. Und in einer solchen Situation muss der Staat einfach die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Da gibt es zwei Möglichkeiten, das zu machen. Das kann einerseits die Zentralbank machen, die erhöht die Zinsen, dann kaufen sich die Leute vielleicht weniger Autos, bauen weniger Häuser, und die Unternehmen investieren weniger. Oder die Regierung kann entweder Ausgaben kürzen, dann ist auch weniger Nachfrage da oder Steuern erhöhen. Das heißt, diese ganz einfachen Lehrbuchmodelle, die man im 1. und 2. Semester, manchmal auch noch im dritten, vierten usw. zu sehen bekommt, die funktionieren eben nach dieser Logik. Wenn die Wirtschaft gut wächst, die Inflation hoch ist, muss Zentralbank und der Staat bremsen. Wenn es zu niedrig ist, muss er aufs Gaspedal treten. Da ist ein bisschen dann der Umkehrschluss raus: Wenn die Inflation hoch ist, dann muss das daher kommen, dass die Nachfrage zu hoch ist. Da ist genau dann auch der

Fehlschluss gewesen von denen, die in dieser Form argumentiert haben. Weil, wie du gerade gesagt hast, es kann auch sein, dass die Inflation aus anderen Gründen hoch geht.

Marco Herack:

Du hast ja gerade selber schon den Hinweis gegeben, dass man das ja im Grunde so nicht sehen kann, oder? Also du hast gerade eben gesagt, dass die Preise wegen zu hohem Wirtschaftswachstum steigen. Und genau das war ja nun wirklich nicht der Fall. Also wir hatten viele Probleme, aber nicht das. Ich möchte daran erinnern, wir haben damals darüber geredet, dass Deutschland potenziell vielleicht sogar in eine Rezession rutschen könnte, die nächsten Monate. Also das war schon, bevor diese Geschichten dann obendrauf gekommen sind.

Sebastian Dullien:

Ja, ich habe das jetzt eben sehr, sehr einfach und vielleicht ein bisschen zu flapsig dargestellt. Also wenn man in diesem Modell richtig reingeht, dann muss man es genauer sagen. Die sagen, die Inflation kommt daher, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage größer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Das normalerweise, da das Angebot so nach und nach nur wächst. Ich meine, es passiert ja nicht, dass wir plötzlich 10 % mehr Maschinen haben oder 10 % mehr Leute. Ist oft in den Modellen einfach, vor allem die Nachfrage dann zu hoch. Jetzt haben die Leute, die argumentiert haben, dass man da auf die Bremse treten muss und vorsichtig sein muss mit so einer expansiven Fiskalpolitik, also in den Jahren 2022, als der Energiepreisschock da war. Die sind natürlich nicht völlig blöd. Und die haben an der Stelle anders argumentiert. Die haben halt gesagt: Naja, du hast recht, vielleicht ist die Nachfrage gar nicht so hoch, aber das gesamtwirtschaftliche Angebot ist einfach niedriger. Und das haben die damit argumentiert, dass sie meinen: Ja, dieser Energiepreisschock ist halt ein gesamtwirtschaftlicher Angebotsschock. Es kann weniger produziert werden und dann ist halt die Nachfrage, selbst wenn die leicht zurückgegangen ist, ist die noch viel zu hoch für das Angebot. Und da muss eben der Staat das runterbremsen. Wir haben dagegen damals argumentiert, dass man eben unterscheiden muss zwischen einem Angebotsschock, wo wirklich Produktionsanlagen nicht mehr genutzt werden können, oder einem Krieg oder Erdbeben, wo dann Sachen zerstört sind. Und eben in einer Situation, wo der Input, also die Energie, teurer geworden ist, aber noch da ist. Denn wir hatten ja keinen physischen Mangel an Energie, sondern wir hatten einfach nur sehr, sehr teure Energie.

Marco Herack:

Und aus dieser Situation heraus haben wir doch aber jetzt festgestellt, dass die Bundesregierung entgegen vieler Leute Rat in die Preise eingegriffen hat. Und da ergibt sich ja dann nun die Frage, ob das nicht vielleicht sogar eine positive Auswirkung hatte. Natürlich machen wir den Podcast, weil wir genau darauf hinauswollen.

Sebastian Dullien:

Das Interessante ist: Also du hast völlig recht, die Bundesregierung, aber nicht nur die, sondern auch ganz viele andere europäische Länder, haben ja in den Energiemarkt eingegriffen, indem sie bestimmte Energieträger in einer gewissen Art und Weise subventioniert haben. Damit ist die Inflationsrate niedriger ausgefallen, und das haben wir schon damals als positiv bewertet. Aber was jetzt interessant ist, ist, dass es ein paar neue Veröffentlichungen gibt. Also der Internationale Währungsfonds, der auch 2021-22 noch geschrieben hat. Das ist eine Situation, wo man jetzt eher Defizite zurückfahren muss und keine expansive Finanzpolitik machen darf. Der hat jetzt im September schon ein neues Papier rausgegeben, wo er mit Simulationen zeigt, dass das genau die richtige Politik war. Und wir haben eine IMK-Studie veröffentlicht von dem früheren Mitglied im Sachverständigenrat, Peter Bofinger. Also, wer es nachlesen möchte, der das Ganze auch noch mal theoretisch aufdröseln, warum das so ist und das die richtige Politik war.

Marco Herack:

Und das ist dann tatsächlich auch das Fazit. Also der Eingriff in die Preise war richtig. Heißt doch aber auch: Es war richtig, dass der Staat dafür Schulden aufgenommen hat.

Sebastian Dullien:

Genau. Und der Internationale Währungsfonds hat das jetzt mit der Simulation gemacht. Und der kommt zu dem Ergebnis, dass durch diese Eingriffe die Inflation in der Eurozone insgesamt beim Höhepunkt nur 10,6 % gewesen ist. Und es wären 13,7 % gewesen, wenn er nicht so eingegriffen hätte.

Marco Herack:

Hätte die EZB, wenn die Inflation höher ausgefallen wäre, auch mehr die Zinsen erhöhen müssen?

Sebastian Dullien:

Also ob sie das hätte tun müssen? Das ist jetzt eine schwierige Frage, weil man sich auch fragen muss, ob sie es überhaupt so hochziehen musste, wie sie es jetzt getan hat.

Marco Herack:

Aber in der Logik, in der sie gehandelt hat.

Sebastian Dullien:

In der Logik, in der sie gehandelt hat, hätte sie wahrscheinlich die Zinsen weiter erhöhen müssen.

Marco Herack:

Was ja auch bedeuten würde, dass mit höheren Zinsen dann höchstwahrscheinlich auch die Zinsbelastung für den Staat höher gewesen wäre.

Sebastian Dullien:

Ja, das auf jeden Fall. Und was bei diesen Simulationen rauskommt vom Internationalen Währungsfonds, wenn man das jetzt anders gemacht hätte, also wenn man probiert hätte, dass über einfach durch eine restriktive Politik zu erreichen, diese kurzfristig 3,2 Prozentpunkte, die da fehlen, dann hätte das noch mal einen wesentlich deutlicheren Einbruch der Wirtschaftsleistung bedeutet. Also diese Politik, die ja gemacht worden ist, ist eben besser als die Alternativen, die man gehabt hätte. Sowohl mit Europäischer Zentralbank als auch, wenn man jetzt gesagt hätte, man bremst noch über die Finanzpolitik. Das war ja auch am Anfang so ein bisschen, da waren ja solche Elemente dabei. Also man hat ja zwar probiert, den Haushalten Geld zu überweisen, aber dann wollte man eigentlich, ja, wir erinnern uns, sogar die Uniper-Verstaatlichung. Also von diesem Gasgroßhändler wollte man über eine Gasumlage finanzieren. Also man wollte eigentlich genau das Gegenteil tun, was man hinterher mit der Preisbremse gemacht hat. Und diese IWF-Studien zeigen jetzt, das wäre absolut falsch gewesen. Wir haben es damals auch schon kritisiert, aber das Interessante ist halt jetzt, dass eine Institution wie der Internationale Währungsfonds auch zu den gleichen Schlussfolgerungen kommt.

Marco Herack:

Gehen wir jetzt tatsächlich davon aus, dass durch den Eingriff des Staates auch Arbeitsplätze erhalten worden sind?

Sebastian Dullien:

Auf jeden Fall. Es ist wirklich alles besser, als es in den Alternativszenarien gewesen wäre. Die Inflation ist niedriger gewesen. Übrigens nicht nur die Inflation insgesamt gemessen. Man kann ja sagen, ja, der Staat hat die Energiepreise gesenkt und dann ist halt Energie billiger. Und dann, rein rechnerisch, ist die Inflation niedriger. Aber das ist nicht der ganze Effekt, sondern der IWF zeigt eben, dass das auch auf die anderen Preise gewirkt hat. Also wenn, wenn man das hätte durchlaufen lassen ohne diese Preisbremsen, dann hätte es indirekte Preiseffekte gegeben, weil dann meinetwegen der Bäcker mit seinen höheren Gasrechnungen die Brötchenpreise noch weiter erhöht hätte, oder weil dann auch eben höhere Nominallohnförderungen noch mal gestellt worden wären. Das ist eigentlich das Spannende. Diese Politik ist jetzt unter denen, die, die man sich hätte so denken können, im Grunde von der Richtung her die optimale gewesen. Also weniger Inflation, mehr Wachstum. Das ist ja das, was der Staat bei der Steuerung immer haben möchte.

Marco Herack:

Was ist denn da beim IWF los? Ist der irgendwie nach links gerutscht?

Sebastian Dullien:

Na ja ich glaube, da sind einfach Leute, die empirisch arbeiten. Die haben festgestellt, das funktioniert. Und das Interessante an dem Papier ist auch, bei den Schlussfolgerungen werden sie dann auch wieder ein bisschen vorsichtiger. Sie diskutieren dann und sie sagen: Das war in dieser Situation das richtige Instrument. Aber das darf man nicht verallgemeinern, sondern es war eine ganz besondere Situation. Und in dieser ganz besonderen Situation darf man das so machen, aber sonst lieber besser nicht.

Und zwar sagen sie: Das Besondere an der Situation war zweierlei. Erstens, dass dieser Energiepreisanstieg nur vorübergehend war. Das ist übrigens das, was wir damals auch gesagt haben. Darum haben wir uns ja auch so für diese Gaspreisbremse ausgesprochen, weil wir haben gesagt, es werden vorübergehende Preispitzen damit abgefangen. Und jetzt sagt der IWF: Ja, wenn das so ist, und wenn außerdem die Wirtschaft nicht voll ausgelastet ist, wie es damals ja war. Du hast ja beschrieben im Grunde, wir kamen aus der Kurve Pandemie, die Wirtschaft war nicht richtig ausgelastet. Dann kam noch der Energiepreisschock drauf und die Leute haben noch mal weniger ausgegeben. Und in dieser Situation sagt der IWF: „Jetzt ist es gut und richtig, das zu machen.“ Aber man soll vorsichtig sein, das zu verallgemeinern und das wieder anzuwenden, weil man weiß ja nicht, in welcher Situation man in der Zukunft sein wird.

Marco Herack:

Das ist aber eigentlich etwas, was immer gelten sollte. Also es hätte auch schon vorher gelten soll.

Sebastian Dullien:

Ja, klar. Also sagen wir es so: Es ist trotzdem eigentlich erstaunlich. Das Papier liest sich auch an der Stelle ein bisschen drollig, weil der ganze Text beschreibt, wie super diese Politik gewirkt hat. Dann hat man hinterher in den Schlussfolgerungen: Aber, aber besser vorsichtig sein mit sowas.

Marco Herack:

Dann freuen wir uns mal, dass der IWF überhaupt diesen Schritt gegangen ist. Aber mir stellt sich da so eine so eine ganz offensichtliche Frage bei der ganzen Geschichte. Also gehen wir mal davon aus, das ist jetzt alles so, wie der IWF das auch beschreibt und versetzen uns mal in die Situation, dass jetzt am 15. März 2024 wieder das Gleiche passieren würde. Würdest du glauben, dass in der aktuellen politischen Lage diese Maßnahmen in Deutschland noch mal umgesetzt werden würden?

Sebastian Dullien:

Ich glaube schon. Ich meine das, was man jetzt rückblickend zu der Gas- und Strompreisbremse eigentlich sagen muss, ist: Wenn wir gewusst hätten, dass die Preise soweit wieder runtergehen und nur so kurzfristig hochgehen, dann hätte man

eigentlich diese Bremse früher und stärker einsetzen müssen. Dann hätte man das nicht erst im Dezember machen müssen, sondern dann hätte man das durchaus schon zwei, drei Monate vorher machen können und man hätte den Preis bei dieser Bremse einfach niedriger ansetzen können. Dann wäre die Inflation noch mal niedriger ausgefallen und wir wären ein ganzes Stück besser durch diese Krise durchgekommen. Ich glaube, das setzt sich jetzt auch zunehmend durch. Also es ist jetzt keine Extremisten- oder Außenseiterposition mehr, so was so zu argumentieren, besonders weil der IWF das jetzt auch so sieht. Und ich glaube, dass alle die Gaspreisbremse in Deutschland als Erfolg sehen, also auch die Regierung. Und wenn es noch mal passieren würde, hätte es ja den „Vorteil“, dass man sagen könnte, es ist wieder eine Notsituation, wir müssen mehr Kredit aufnehmen. Und dann hätte man auch noch einen Vorwand, die Schuldenbremse noch mal wieder auszusetzen. Oder keinen Vorwand, sondern einen Anlass, würde ich sagen, die Schuldenbremse sinnvollerweise wieder auszusetzen. Denn wie gesagt, es ist einfach makroökonomisch für die Stabilisierung viel, viel besser, das so zu machen, als alle anderen Alternativen.

Marco Herack:

Ich frage das natürlich deswegen so, weil ich das Gefühl habe, dass es aus heutiger Sicht in der aktuellen politischen Lage nicht mehr so ein Selbstläufer wäre das Ding. Ich meine, es war ja damals schon hart umstritten. Ich glaube, auch die SPD hat sich sehr lange dagegen gewehrt, vertreten durch Kanzler Scholz. Sieh dann aber irgendwie dann doch dazu durchgerungen. Aber ich habe irgendwie das Gefühl, gerade jetzt mit der FDP und der Schuldenbremse, das wäre heute nicht mehr so ein Selbstläufer.

Warum will ich darauf hinaus? Weil wir am Anfang diskutiert haben, dass der Staat hier eine Aufgabe übernehmen kann, die traditionell einer Notenbank zugeschrieben wird. Und es gibt ja einen Grund, warum es Notenbanken gibt, oder mehrere Gründe. Und einer dieser Gründe ist, die sind unabhängig von der Politik. Die aktuelle politische Lage könnte dann ja zum Beispiel verhindern, dass man wieder ähnlich gute Maßnahmen trifft.

Sebastian Dullien:

Meine Wahrnehmung war etwas anders. Das Kanzleramt hat sich da lange mit geziert. Die SPD selbst, als Partei und Fraktion, hat dagegen relativ früh, also ist auf diese Ideen aufgesprungen. Die Dynamik war noch mal ein Stück komplexer. Und ich glaube schon, dass es damit zu tun hatte, dass die FDP das damals auch skeptisch gesehen hat. Aber... also ich habe keine Anzeichen, warum sie das jetzt anders sehen würden.

Marco Herack:

Aber du siehst den Punkt, dass es sich auf Politik zu verlassen...

Sebastian Dullien:

Ja gut, sich auf Politik zu verlassen, ist ja klar. Da ist immer ein Risiko dabei. Sich auf Notenbanken zu verlassen, da hast du das Gleiche. Also die Europäische Zentralbank hat in der Vergangenheit das auch mehrfach hingekriegt, zum falschen Zeitpunkt noch mal die Zinsen zu erhöhen. Also das hat sie sowohl in der Finanzkrise 2008 / 2009 hingekriegt, als auch in der Eurokrise. Das sind ja auch Menschen, die da sitzen im Zentralbankrat. Und klar, man muss hoffen, dass die Politik da reagiert. Wie ich eben gesagt habe, eigentlich hätte man mit der Preisbremsen früher reagieren sollen, jetzt rückblickend auch früher reagieren können. Aber das war eben auch ein Diskussions- und Lernprozess an der Stelle. Es zeigt eigentlich aber auch, dass die Welt manchmal komplexer ist als uns das die ökonomischen Modelle, mit denen wir denken und ich meine, viele Leute haben ja, wenn sie mal ein paar Semester Volkswirtschaftslehre studiert haben, die haben diese einfachen Modelle im Kopf, und dann denken sie erstmal damit und probieren, die Realität damit zu erklären und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Und das zeigt halt jetzt hier das, dass es da Grenzen gibt, gerade bei den einfachen Modellen. Das Interessante ist, der IWF, der simuliert das ganze jetzt mit ihren Standardmodellen. Aber das sind große, ziemlich komplexe Modelle. Da hätte man sagen können, ja, das hätte man auch fast schon damals mal simulieren können. Vorher. Hat man aber nicht, sondern man macht das jetzt ex-post. Und dann sagt man: Oh, guck mal, das ist aber interessant, da kommt raus, dass das eigentlich eine gute Politik war.

Marco Herack:

Man könnte ja fast schon daraus schließen zu sagen, man braucht jetzt quasi noch mal so eine Institution wie die Notenbank, die sich dann um diese Art der Fiskalpolitik kümmert. Weiß aber nicht, wie realistisch das dann ist.

Sebastian Dullien:

Ja, und es ist die Frage, wie demokratisch so was auch ist. Denn natürlich beim Geldausgeben. Da sind natürlich immer viel, viel stärker Verteilungseffekte dabei als bei der Geldpolitik. Jetzt, je nachdem, wie du so eine Preisbremse gestaltest, da haben die Reichen was von oder die Armen. Und am Ende muss das von irgendjemandem durch höhere Steuern bezahlt werden. Also das ist glaube ich, schwierig, das rein technokratisch zu machen. Von daher die Situation, dass da gewählte Politikerinnen und Politiker sitzen, die eben hoffentlich auch auf vernünftige ökonomische Argumente hören. Das ist eigentlich schon eine sinnvolle Sache so.

Marco Herack:

Man kann da die Zuständigkeiten aber auch irgendwie schwer regeln. Also Fiskalpolitik ist ja im Grunde Sache des Bundestages, wenn man es jetzt mal aus Deutschland heraus betrachten und klar, da gibt es einen Finanzminister usw. Aber das sind ja große Verhandlungsrunden. Meine Frage war da schon so ein bisschen illusorisch gewesen, zu sagen, da wird es dann eine Institution geben. Die EZB selber hat man ja dadurch interessanterweise dann auch gar nicht aus dem Spiel genommen,

sondern man hat ihr nur die Arbeit erleichtert oder sie muss halt weniger Zinsen erhöhen. Also es ist jetzt auch nicht so, dass man da ein Kompetenzgerangel hätte an der Stelle, sondern man müsste quasi immer wieder argumentativ über die Politik dann versuchen das richtige Instrument zu wählen. Dann wäre man ja dann schon fast wieder beim IWF, der sagt ja, man muss sich das immer ganz genau angucken.

Sebastian Dullien:

Also ich glaube, die Europäische Zentralbank war wahrscheinlich dankbar dafür, dass die Regierung in der Eurozone solche Maßnahmen gemacht haben. Das ist auch relativ häufig in den Reden vorsichtig durchgeschienen von der EZB-Präsidentin Christine Lagarde. Sie hat immer wieder gesagt: „Ja, also Unterstützung der Fiskalpolitik ist wichtig.“ Klar hätte man so interpretieren können, dass die Fiskalpolitik auf die Bremse treten muss. Aber ich glaube, meine Interpretation war schon, dass das Christine Lagarde sich sehr bewusst war, was sie da gesagt hat. Wenn sie das schlecht gefunden hätte, hätten sie auch deutlicher da einschreiten können.

Marco Herack:

Wie das?

Sebastian Dullien:

Ja deutlicher sagen, dass sie das Misst finden.

Marco Herack:

Ist aber auch nicht ihre Aufgabe, da alles zu kommentieren, was die Politik macht.

Sebastian Dullien:

Nee aber wenn es jetzt wirklich in die völlig falsche Richtung gegangen wäre, dann hätten sie ja schon auch deutlich in den Reden sagen können: „Wir brauchen eine Rückführung der Defizite in dieser Situation.“ Das haben Sie interessanterweise so nicht gesagt, weil ich glaube, ihnen schon bewusst war, dass ihnen diese Preisbremsen und die Eingriffe am Energiemarkt die Arbeit erleichtern. Damit auch die Wahrscheinlichkeit von einer tiefen Rezession verringert. Denn was wäre passiert ohne die Preisbremsen? Wenn man die Simulation da vom IWF für bare Münze nimmt, dann hätten wir fast 14 % Inflation gehabt statt etwas mehr als 10 %. Ich sehe nicht, wie die EZB das politisch durchgestanden hätte, auch von dem öffentlichen Druck, da nicht dann die Zinsen weiter anzuziehen. Und das hätte natürlich noch mal Bauwirtschaft alles andere tiefer in den Keller gedrückt. Also da können wir echt froh sein, dass das nicht passiert ist.

Marco Herack:

Während die Politik ja eher so auch die sozialen Fragen mitbedenken muss in ihrem Handeln. Und da hat sie ja mit dem Eingriff dann auch mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Also hat dann auch verhindert, dass woanders noch mehr Gelder hätten rausgegeben werden.

Sebastian Dullien:

Genau. Also man hätte natürlich jetzt sagen können: Diesen Effekt schaffe ich auch anderweitig, also indem ich nicht in die Preise eingreife, sondern den Menschen einfach einen höheren Zuschuss nach Hause schicke. Aber das ist das Interessante. Der IWF zeigt hier, wenn man denen jetzt einfach eine höhere Entlastungsbeitrag geschickt hätte, dann wäre die Inflation höher ausgefallen, weil dann wäre nicht nur die Energiepreise so durchgeschlagen, 13,7 % da, sondern dann hätte man noch mit diesen Extrazahlungen die Nachfrage angekurbelt. Was dann noch mal von sich Inflationseffekte gehabt hätte.

In der deutschen Debatte, wir erinnern uns, gab es da relativ starke Stimmen, die lange gesagt haben: Eingriffe bei den Preisen ist Mist, das dürft ihr nicht machen, sondern besser ist es, die Haushalte zu kompensieren. Und die Debatte hatten wir ja sogar noch bei der Gaspreisbremse, wo es relativ starke Stimmen gab, die immer darauf beharrt haben, dass das gar kein Preiseingriff sei, sondern dass es eigentlich ja eine Subvention der Haushalte sei.

Marco Herack:

Diese Diskussion, die wir da gesehen haben, also diese allgemeinen Diskussionen. Ich vermute mal, dass wir die ja dann trotzdem noch weiter erleben werden, weil daraus ergibt sich ja jetzt nicht, dass irgendwie automatisch jeder das anerkennt, oder?

Sebastian Dullien:

Nein, ich glaube, dass das noch lange nicht Mainstream ist, was der IWF hier schreibt. Und der IWF überschreibt das ja mit ‚unconventional fiscal policy‘, also unkonventioneller Fiskalpolitik. Und unkonventionelle Dinge sind immer von... ja, es gibt immer Leute, die das komisch finden und deshalb ablehnen. Also von daher, ich glaube, die Debatte oder die Schlacht, darf man das heute noch sagen? Auf jeden Fall. Die Debatte ist noch nicht gewonnen an der Stelle, aber sie bewegt sich in die richtige Richtung.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Danke Marco, für die Moderation.

Marco Herack:

Wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, dann schreibt sie uns zum Beispiel auf X, dem ehemaligen Twitter. @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut, Anregungen, Ergänzungen sendet sie uns. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Sebastian findet ihr auf Twitter als @SDullien, also Sebastian

Dullien. Euch vielen Dank fürs Zuhören. Eine schöne Zeit und bis nächste Woche.
Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.